

Branchenfinanzierte EU-Finanzaufsicht wäre eine schlechte Idee



THOMAS RICHTER Hauptgeschäftsführer des deutschen Fondsverbands BVI, Frankfurt am Main

Stellen Sie sich vor, Verkehrskontrollen der Polizei würden künftig nicht mehr mit Steuern finanziert, sondern durch jährliche Gebühren aller Verkehrsteilnehmer. Das mag abwegig klingen. Der Fondsbranche in Europa könnte allerdings ein sehr ähnliches Szenario drohen, ginge es nach einigen Hardlinern in Brüssel.

Derzeit setzt sich die Finanzierung der europäischen Finanzaufsichtsbehörden (ESAs) zu 60 % aus den Beiträgen der Aufsichtsbehörden (NCAs) der EU-Mitgliedsländer und zu 40 % aus dem Budget der Europäischen Union zusammen. Künftig würde die EU-Kommission gern einen erheblichen Anteil dieser öffentlichen Finanzierung durch Beiträge der Finanzbranche ersetzen. Kommissionspräsident Juncker und einige EU-Abgeordnete gehen noch weiter: Sie plädieren dafür, die Kosten zu 100 % auf die Finanzunternehmen abzuwälzen – Stichwort „Vollfinanzierung“. Die Begründung dafür kennen wir bereits aus der unglücklichen Diskussion um eine europäische Finanztransaktionssteuer. Die „Verursacher“ der Finanzkrise sollen an den Kosten der Beseitigung alter

und der Vermeidung künftiger Schäden beteiligt werden.

Das Argument wird auch zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise noch immer gerne bemüht. Nur passt es nicht auf die Fondsbranche, denn diese hat die Finanzkrise nicht verursacht.

Doch davon einmal abgesehen, sprechen weitere Argumente gegen diesen Ansatz:

Eine ESA-Finanzierung allein durch die Unternehmen der Finanzbranche wäre staatsrechtlich fragwürdig. Die Finanzmarktaufsicht ist Aufgabe des Staates, so wie die Arzneimittelüberwachung oder die Verkehrsüberwachung. Deshalb werden letztere mit Steuern finanziert; niemand käme auf die Idee, dafür Beiträge von den Pharmaunternehmen oder den Autofahrern zu verlangen. Im Fall der Finanzbranche müssten dagegen die Überwachten für ihre Überwachung selbst zahlen. Und das, obwohl die ESAs mit der Ausarbeitung und Umsetzung technischer Regulierungsstandards faktisch Aufgaben übernehmen, die die Kommission nach EU-Recht selbst erledigen müsste. Nähmen die Befürworter eines neuen Finanzierungsmodells

das „Verursacherprinzip“ wirklich ernst, müssten sie es deshalb bei einem deutlichen Anteil der EU an der ESA-Finanzierung belassen.

Außerdem gewährt das aktuelle Finanzierungsmodell eine effiziente Budgetkontrolle. Das EU-Parlament überwacht das ESA-Budget, weil die Behörden von der EU mitfinanziert werden. Fällt die Mitfinanzierung durch die EU weg, drohen Kontrollverlust und Kostenexplosion. Ohne Budgetkontrolle würde die Zahl der Beamten weiter steigen. Das bedeutet noch mehr Regeln, die wiederum von noch mehr Beamten überwacht werden müssen, und so weiter. Es droht ein bürokratisches „Perpetuum mobile“, das die Compliance-Kosten für die Marktteilnehmer immer weiter nach oben treibe.

Die Sachargumente sprechen gegen eine branchenfinanzierte EU-Finanzaufsicht. Sollte die EU dennoch deren Befürwortern folgen, droht ihr ein Reputationsschaden in ohnehin schwierigen Zeiten. In vielen Mitgliedsstaaten sind die EU-Behörden bereits politischen Angriffen ausgesetzt. Viele Bürger nehmen die EU-Institutionen als Bürokratie-Monster wahr. Sie befürchten den schleichenden Verlust demokratischer Einflussmöglichkeiten.

Eine lautstarke öffentliche Diskussion über eine branchenfinanzierte EU-Finanzaufsicht, aufgeblähte Behörden, höhere Kosten und weniger Kontrolle wäre Wasser auf die Mühlen der EU-Kritiker. Wer die EU stärken möchte, sollte weniger Bürokratie fordern, nicht mehr.

»Falls die Finanzbranche die ESAs allein finanzieren muss, droht eine Kostenexplosion.«

inhalt 04/2017



kommentare

THOMAS RICHTER BVI
HELMUT PAULUS Quoniam Asset Management GmbH

artikel

Ertragschancen bei Anleiheninvestments durch Aktienoptionen
JAN HENNIG, MICHAEL HÜNSELER, DR. STEPHAN HÖCHT,
PROF. DR. WIM SCHOUTENS Assenagon Asset Management S.A.

Katastrophenanleihen – ein wachsendes Marktsegment für institutionelle Anleger
FRANÇOIS DIVET, JÖRG SCHOMBURG AXA Investment Managers

Erfolgsfaktoren für Anlagen in Hotelimmobilien
DIRK SCHULDES Commerz Real AG

Risiko-Barbell-Konzepte für institutionelle Investoren
OLIVIER SOULIAC, SHUCHANG SUN Deutsche Asset Management

Treuhänderische Pflicht im 21. Jahrhundert – eine Roadmap für Deutschland
ALYSSA HEATH, DUSTIN NEUNEYER PRI Principles for Responsible Investment

Kapitalanlage in Rohstoffe über einen konsistenten Investmentprozess
DR. ANDREAS NEUMANN, EUGEN WEINBERG, JOACHIM FEND Commerzbank AG

Die Reform der Investmentbesteuerung – Änderungen für Anleger ab 2018
STEPHAN HÄRTWIG, MARTINA WESTENBERGER PricewaterhouseCoopers

drei fragen an

ANDREAS HILKA Pensionskasse der Hoechst-Gruppe VVaG und der Höchster Pensionskasse VVaG

Ja, ich bin institutioneller Investor* und möchte den Absolutreport 04/2017 als **kostenloses** Leseexemplar anfordern.

Kein Investor? Gerne senden wir Ihnen Informationen zu unserem Jahresabonnement zu.

Bitte senden oder faxen an:
info@absolut-research.de
0049 (0)40 303779-15

Absolut Research GmbH
Große Elbstraße 277a, 22767 Hamburg

*Als institutionelle Investoren qualifizieren sich nur Unternehmen, die ausschließlich für eigene Zwecke investieren und die keine Produkte im institutionellen Asset Management anbieten.

Pflichtangaben:

Vorname/Nachname

Bereich/Funktion

Unternehmen

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel./Fax

E-Mail